

Anfrage Koch Hannes und Mit. über psychotherapeutische Grundversorgung sicherstellen

eröffnet am 12. Mai 2025

Am 19. März 2021 entschied der Bundesrat, dass psychologische Psychotherapie künftig über die Grundversicherung abgerechnet werden soll. Die darauffolgenden Tarifverhandlungen zwischen Krankenkassen und Berufsverbänden scheiterten, weshalb die Kantone beauftragt wurden, einen Tarif festzulegen.

Der Regierungsrat hat am 5. Juli 2022 den Tarif in Abstimmung mit den anderen Kantonen auf 154,80 Franken pro Stunde festgelegt. Circa die Hälfte der Kantone, darunter der Kanton Luzern, beschloss einen unbefristeten Tarif. In den anderen Kantonen lief der befristete provisorische Tarif per Ende 2024 aus.

Ende 2024 traten die Krankenkassenverbände an die Kantone heran und beantragten eine Senkung des Tarifs von 154,80 auf 139,20 Franken pro Stunde.

15 Kantone bestätigten den bisherigen Tarif von 154,80 Franken pro Stunde. Einzig der Kanton Glarus beschloss eine Senkung. Auch mehrere Kantone (BE, BL, FR, TI, UR, ZG und ZH), welche einen unbefristeten Tarif eingeführt haben, beschlossen, am bisherigen Tarif festzuhalten, und lehnten den Antrag der Krankenkassen ab.

Eine Senkung des bisherigen Tarifs hätte eine rückwirkende Wirkung und würde zu Rückforderungen seitens der Krankenkassen führen, was für selbständige Psychotherapeut:innen eine grosse Rechtsunsicherheit und ein finanzielles Risiko bedeutet. Entsprechend ist es attraktiver, Patient:innen als Selbstzahlende zu behandeln, statt über die Grundversicherung abzurechnen. Dies höhlt die Grundversorgung aus und führt zu einer Zweiklassenmedizin. Diese Dynamik wird verstärkt, da der Tarif von 154,80 Franken pro Stunde seitens Berufsverbände als zu tief beurteilt wird, und die Tarife für Selbstzahlende mit 180 bis 200 Franken pro Stunde weit höher liegen.

Auch die Luzerner Psychiatrie rechnet ihre ambulanten psychologischen psychotherapeutischen Leistungen über den Tarif von 154,80 Franken ab. Gleichzeitig befindet sich die Luzerner Psychiatrie in finanziellen Schwierigkeiten trotz Leistungssteigerungen auch im ambulanten Bereich.

Aus diesen Umständen entsteht das Risiko einer fehlenden psychotherapeutischen Grundversorgung, was sich auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung auswirkt, und sich auf die berufliche und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit der Betroffenen auswirkt.

Entsprechend bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat einen offiziellen Beschluss auf den Antrag auf Senkung des bisherigen unbefristeten Tarifs gefasst, oder ist ein Beschluss in Planung? Wenn ja,
 - a. was sieht der Beschluss vor?
 - b. wann wird dieser öffentlich kommuniziert?
2. Welche Massnahmen ergreift der Kanton zur Sicherstellung der psychotherapeutischen Grundversorgung im Kanton Luzern? Steht dabei eine Erhöhung des bisherigen Tarifs zur Debatte?
3. Welchen Zusammenhang sieht der Regierungsrat zwischen dem vom Berufsverband als nicht kostendeckend bezeichneten provisorischen Tarif und den roten Zahlen der Luzerner Psychiatrie AG?
4. Was unternimmt die Regierung, um die finanzielle Sicherheit der Luzerner Psychiatrie, welche neben Luzern auch in den Kantonen Ob- und Nidwalden die psychiatrische Grundversorgung übernimmt, durch einen kostendeckenden Tarif sicherzustellen?

Koch Hannes

Zbinden Samuel, Bärtsch Korintha, Estermann Rahel, Studhalter Irina, Spring Laura, Heselhaus Sabine, Waldvogel Gian, Kummer Thomas, Brunner Simone, Bühler Milena, Elmiger Elin, Fässler Peter, Pilotto Maria, Bühler-Häfliger Sarah, Bolliger Roman